

Deutschlandsberger Volksstimme



Informationsblatt der steirischen KPÖ – Österreichische Post AG/Postentgelt bar bezahlt

Ausgabe Nr. 22 - 5/2020

Zeitung der KPÖ Deutschlandsberg

Oktober 2020

LKH: Landesrätin soll Bevölkerung informieren Gemeinderat nimmt KPÖ-Antrag einstimmig an

Der KPÖ-Antrag, die Gesundheitslandesrätin Frau Dr.ⁱⁿ Julianne Bogner-Strauß nach Deutschlandsberg einzuladen, damit aus erster Hand über die Zukunft unseres Krankenhauses informiert wird, wurde in der Gemeinderatssitzung vom 29. September 2020 einstimmig angenommen. KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss stellte diese Forderung auf, weil unfallchirurgische Leistungen am Standort Deutschlandsberg nicht mehr durchgeführt werden. Unfallchirurgische Fälle

sollen künftig in Wagna behandelt werden. Dort wird ein Traumazentrum eingerichtet. „Nach den Kürzungen im Voitsberger LKH ist das der nächste Schlag für die medizinische Grundversorgung der Weststeiermark. Jungen UnfallchirurgInnen wird inzwischen nahegelegt, sich nicht mehr in Deutschlandsberg zu bewerben. Es ist zu befürchten, dass viele Patienten in Zukunft eher den Weg nach Graz, als nach Wagna wählen werden“, begründete Weiss seinen Vorstoß.

Armut und Wohnkosten

Neues Sozialunterstützungsgesetz bringt Verschlechterungen

2021 wird die neue „Sozialunterstützung“ in der Steiermark die Mindestsicherung ablösen. Die Umstellung bedeutet weitere Verschlechterungen für die Bezieherinnen und Bezieher.

Landesrätin Kampus (SPÖ) beruft sich auf Vorgaben des Bundes, verschweigt aber, dass das Land seine Möglichkeiten nicht ausschöpft. Das kritisieren auch zahlreiche Stellungnahmen, die zum Gesetzesentwurf abgegeben wurden.

Neben einer Kürzung der Beträge für Minderjährige, die angeblich ausgeglichen werden sollen, wird für Empfänger der Sozialunterstützung der Bezug der Wohnbeihilfe abgeschafft. Durch die neue Regelung werden viele Betroffene weniger Unterstützung erhalten. Miete und Betriebskosten zählen zu den größten Preistreibern in Österreich und stellen die Hauptursache dafür dar, dass immer mehr Menschen von ihrem Einkommen nicht leben können.

Rückkehr zur Wohnbeihilfe

Die KPÖ fordert deshalb eine Rückkehr zur Wohnbeihilfe. Denn Armut und Wohnkosten hängen eng zusammen. Etwa 30.000 Steirerinnen und Steirer können sich nicht leisten, ihre Wohnungen in der kalten Jahreszeit ausreichend zu heizen. Auch Stromabschaltungen werden zu nehmen.

Es soll auch schneller zu Kürzungen bei Arbeitslosigkeit kommen, obwohl im letzten Jahr bekannt wurde, dass Arbeitslose oft ohne eigenes Verschulden mit Sanktionen belegt wurden. Walter Weiss: „Es wird immer größerer Druck ausgeübt, obwohl es kaum freie Arbeitsplätze gibt, von denen man leben kann. Die neue Sozialhilfe wird dazu führen, dass es noch öfter zu Lohndumping und unwürdigen Arbeitsbedingungen kommt, wenn es keine Wahlfreiheit mehr gibt. Das wird sich schnell auch auf Arbeitsplätze auswirken, die derzeit noch korrekt bezahlt werden.“



Kündigungen und Kurzarbeit

Voest-Alpine, MAN, AVL-List, ATB-Spielberg, St. Gallen: In diesen Tagen häufen sich die Meldungen über Massenkündigungen und Betriebsschließungen. Die Verantwortlichen sagen, dass Corona daran schuld wäre. Aber in vielen Fällen ziehen Großkonzerne ihre lang vorbereiteten Zusperrpläne gerade jetzt durch.

Der Verlust von weit über 1000 Arbeitsplätzen in der steirischen Industrie verschärft die persönliche soziale Si-

tuation der Betroffenen und ihrer Angehörigen, schwächt aber auch die Gemeinden in Regionen, die ohnehin von Abwanderung betroffen sind.

Die Krise ist nämlich für Konzerne und Unternehmer ein guter Vorwand, um lang geplante Maßnahmen umzusetzen, die große Belastungen für die arbeitenden Menschen bringen. Dabei nimmt man den

**Der SPÖ fallen die guten Dinge immer erst ein, wenn sie nicht in der Bundesregierung sitzt.“
Werner Murgg.**

Zusammenbruch kleiner Betriebe und auch von Konkurrenten auf dem Markt als gegeben an. Zu

Beginn der Krise hat Nationalbank-Gouverneur Holzmann (FPÖ) das ausgesprochen. In einem Interview sagte er wörtlich: „Jede Wirtschaftskrise ist auch eine Reinigung, Sie kennen sicher Joseph Schumpeter und seine Theorie der schöpferischen Zerstörung. (...) Man kann eine Krise auch dazu nützen, gestärkt daraus hervorzugehen.“

Genau das haben die Mächtigen vor. Die Regierung soll die sozialen Folgen eines massiven Arbeitsplatzabbaus abfedern. Man hat aber vor allem ein Ziel: Die Rendite muss so hoch bleiben, dass die Anleger zufrieden sind.

Stiftungen und Sozialpläne sind keine dauerhafte Lösung. Bei der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen muss auch die Übernahme durch die öffentliche Hand eine Option sein, denn der „freie Markt“ wird die Probleme nicht lösen. „Die Landesregierung muss eine Strategie vorlegen,

Vor 70 Jahren: Der große Streik

Im Oktober 1950 standen die Zeichen auf Streik. Viele Arbeiter hatten genug vom Sozialabbau. Sie wollten nicht mehr stillhalten. Viele Betriebe in der Steiermark, in Wien, Niederösterreich und Oberösterreich standen tagelang still. Die Regierung war in Bedrängnis. Deshalb redeten sie auf einmal von einem KP-Putsch. Dieses Märchen tat ihre Wirkung. Dabei hatte die KPÖ nur die Forderungen der Arbeiter unterstützt. 70 Jahre später gibt es Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, aber keine Streiks.

um die weitere Entindustrialisierung zu verhindern. Es braucht eine von der öffentlichen Hand organisierte Investitionspolitik“, betont hingegen **KPÖ-LAbg. Werner Murgg**. „Es geht darum, wesentliche Infrastruktur in der Steiermark zu behalten oder neu zu implementieren. Nicht nur das Arbeitsangebot ist zu verbessern, auch Bildungs- sowie Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen können Hoffnungsträger für die Regionen sein.“



EU-Kritik: Die Guten und die Bösen

Die EU hat im Juli beschlossen, 750 Milliarden Euro unter dem Titel Coronahilfe an die Mitgliedstaaten zu verteilen und dafür 390 Milliarden Euro an Krediten aufzunehmen. Die Diskussion über die Haltung der österreichischen Regierung zu diesem Deal geht an etwas Wesentlichem vorbei, Darauf weist Lisa Mittendrein von attac hin: Diese Gelder sind an Bedingungen geknüpft: „Die Geschichte zeigt, dass die Empfehlungen der EU-Kommission eine neoliberale Schlagseite haben. Zwischen 2011 und 2018 „empfahl“ sie Staaten 105-mal Pensionskür-

zungen und 50-mal Maßnahmen gegen Lohnsteigerungen. Ganze 63-mal forderte die Kommission sogar Kürzungen und Privatisierungen im Gesundheitssystem. Die EU-Corona-Hilfen werden nun also an ein Instrument gebunden, das in der Vergangenheit die Gesundheitsversorgung in Europa gefährdet hat.“

Außerdem erhält Europäische Verteidigungsfonds nach dem Willen des Rates gleichzeitig Milliarden an Euro. Außerdem gibt es 20 Milliarden mehr für neue Waffensysteme und „Sicherheit“.

Diese Tatsachen sind in

unseren großen Medien nicht gemeldet worden. Hier konnte man von einem Match der guten Europäer gegen die bösen Anti-Europäer lesen. Lisa Mittendrein hat dazu eine klare Meinung: Eine echte linke Position muss beides kritisieren: Das Auftreten von Kurz und Co. und die proeuropäische

Inszenierung von Merkel und Macron. „Denn beide Seiten stehen für die gleiche, zerstörerische EU-Politik des Standortwettbewerbs, der ausbeuterischen Handelspolitik und des tödlichen Grenzregimes“. (...) Wir „müssen uns von der Idee lösen, alles „Proeuropäische“ wäre gut.“



Die europäischen Eliten verbarrikadieren sich hinter Gittern und diktieren eine EU-Politik der Ausbeutung und Zerstörung.
Foto: pixabay

Aus dem Gemeinderat

DEUTSCHLANDSBERG:

Grazerstraße endlich sanieren

Ein Dringlichkeitsantrag in der Gemeinderatssitzung am 29. September, gestellt von allen Oppositionsparteien, wendete sich an ein weiteres Mitglied der Landesregierung. Der Gemeinderat beschloss

einstimmig, bei Verkehrslandesrat Lang zu intervenieren, damit die Sanierung der Grazerstraße endlich abgeschlossen wird. Seit Jahren verzögert das Land diese mehr als notwendige Baumaßnahme.

KPÖ fordert rasche Umsetzung des Jugendkonzepts

Das Ende letzten Jahres beschlossene Jugendkonzept konnte auf Grund der Folgen der Covid-19-Pandemie noch nicht umgesetzt werden. Ursprünglich war geplant, dass schon heuer erste Maßnahmen gesetzt werden. „Die Verzögerung ist verständlich. Umso wichtiger wäre es jetzt, mit der Umsetzung zu beginnen. Der Gemeinderat sollte dem neuen Jugendausschuss schon zu Beginn einen klaren Arbeitsauftrag mitgeben“, so KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss.

Eine Sichtweise, die die SPÖ nicht teilte. Hier ist man der Ansicht, dass die neu gebildeten Fachausschüsse einmal von selbst beginnen sollten, ihre Themen und Schwerpunkte

zu setzen. Anträge der KPÖ und anderer Oppositionsparteien – etwa zur Schaffung eines Jugendzentrums, eines Skateparks und der Aktualisierung des Radwegekonzepts – wurden mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Begründet wurde das unter anderem damit, dass man diese Dinge auch als wichtig erachtet und sich sowieso in den nächsten Ausschusssitzungen mit diesen Themen befassen werde.

„Wie wichtig die SPÖ diese Anliegen genommen hätte, wenn es die Anträge der Opposition nicht gegeben hätte, liegt wohl auf der Hand“, sagt der KPÖ-Gemeinderat über das Stimmverhalten der Mehrheitspartei.

Nachtragsvoranschlag: Keine Zustimmung der KPÖ

Die Folgen der Pandemie machten es notwendig, das Stadt-Budget für das laufende Jahr anzupassen. Bedingt durch den Lockdown und die anhaltende schlechte wirtschaftliche Lage, ist es zu enormen Ausfällen bei der Kommunalsteuer gekommen. Vor allem bei den Ertragsanteilen, die jede Gemeinde abhängig von ihrer Einwohnerzahl erhält, gibt es Schwierigkeiten.

Das Minus beläuft sich in diesem Jahr auf etwa drei Millionen Euro. Darum werden einige Projekte, wie etwa das geplante Science Lab verschoben. „Viele fragwürdige Projekte bleiben aber trotzdem im Budget, zum Beispiel das JUIFA-Hallenbad. Ich kann daher keinem Nachtragsvoranschlag zustimmen, der Projekte enthält, die von mir laufend kritisiert werden“, erklärt Walter Weiss.

Kommentar

KPÖ-Gemeinderat
Walter Weiss



Liebe Deutschlandsbergerin!

Lieber Deutschlandsberger!

Nach der Gemeinderatswahl

Die KPÖ hat bewiesen, dass sie in Deutschlandsberg keine Eintagsfliege ist. Wir bedanken uns bei allen Wählerinnen und Wählern, die es möglich gemacht haben, dass auch in den nächsten fünf Jahren eine Stimme für soziale Gerechtigkeit, leistbares Wohnen und die Anliegen unserer Jugend im Gemeinderat vertreten ist. Wir werden uns bemühen auch weiterhin in Ihrem Sinne tätig zu sein. Das ist eine große Herausforderung. Wir alle wissen nicht, wie sich die Corona- und die Wirtschaftskrise weiter entwickeln werden.

Sie können aber sicher sein: Wir werden auch in diesen schwierigen Zeiten darauf schauen, dass die Interessen der Bevölkerung nicht unter die Räder kommen.

Ihr KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss

PS: Sollten Sie ein Anliegen haben, schreiben Sie mir eine E-Mail an:
walter_weiss@kpoe-steiermark.at
oder hinterlassen Sie mir eine Nachricht mit Namen und Telefonnummer unter 0681/107 83346

KPÖ

KLEIN, aber MIT BISS



Die Regierung braucht bald einen Blindenstock. In der Coronakrise schwankt sie schon ganz wild hin und her.

Was uns AUF- und EINFÄLLT...

...dass jeder Mensch wohnen muss, autofahren aber nicht. Deshalb ist die niedrige **Inflationsrate** irreführend. Benzin wird nämlich billiger, die Wohnkosten steigen aber stark an.



...dass die Banken bis zu 13 Prozent **Überziehungszinsen** einheben. Die Zinsen für Sparguthaben sind hingegen

im Promillebereich. Das will die KPÖ nicht hinnehmen und fordert eine gesetzliche Obergrenze von fünf Prozent über dem Zentralbanksatz für Überziehungszinsen.



... dass für die Sanierung des **Czerwenyhauses** die ersten Planungsarbeiten beginnen. Einer jahrelangen For-

derung der KPÖ wird endlich nachgegangen.



... dass das verfügbare Einkommen von 35 Prozent der **Bankkunden** heuer gesunken ist. Das ist die Auswirkung von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.



...dass nicht in Vergessenheit geraten darf, warum

unser **Nationalfeiertag** am 26. Oktober gefeiert wird. Am 26. Oktober 1955 hat der Nationalrat gegen die Stimmen der FPÖ das Gesetz über die **immerwährende Neutralität** Österreichs beschlossen.



...dass die **Vorarbeiten** für den Umbau des Bahnhofs Deutschlandsberg langsam beginnen.



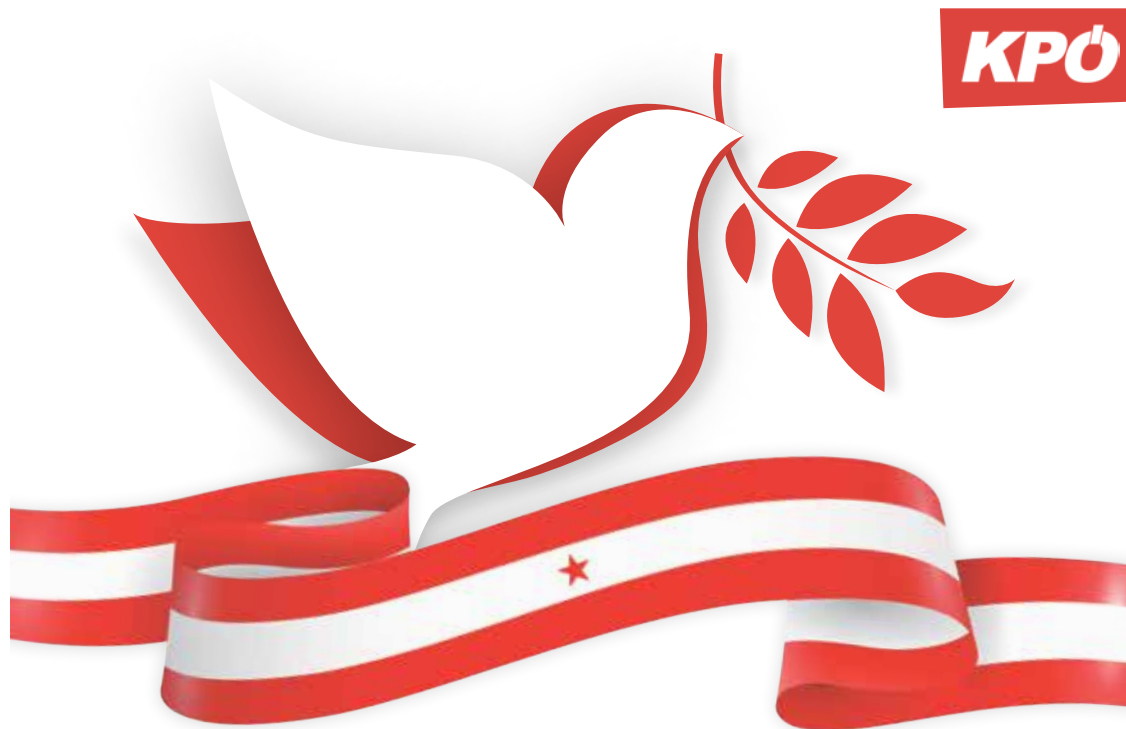
...dass der Parkplatz neben dem **Koralmsstadion** seit Neuestem mit einem Schranken abgesperrt ist. In diesem Wintersemester sollen Schülerinnen und Schüler des Bundesschulzentrums noch gratis parken können. In Zukunft soll dafür von Seiten der Stadtgemeinde aber eine Gebühr eingehoben werden.



...dass Bürgermeister **Mag. Wallner** im Zuge der konstituierenden Sitzung des Gemeinderats im August 812 Unterschriften für die Errichtung eines Skaterparks in Deutschlandsberg überreicht wurden. Die KPÖ wird darauf achten, dass mit dieser Forderung ernsthaft umgegangen wird.



...dass der **Lohnabschluss** der Metaller (1,45%) netto nicht einmal die Teuerung abgilt. Er ist blitzartig zustande gekommen. Einigung auf höchster Ebene? Was bedeutet das für die Beschäftigten der anderen Branchen? Noch niedrigere Abschlüsse?



GIVE PEACE A CHANCE!

MO., 26. OKTOBER | 14 UHR NEUTRALITÄTSFEIERTAG IM VOLKSHAUS GRAZ

BEGRÜSSUNG durch KPÖ-Stadträtin **Elke Kahr**

FESTREDE von **Wilhelm Langthaler**
(Verein Selbstbestimmtes Österreich)

KULTURPROGRAMM „Das Beste aus der Proletenpassion und andere Schmankerl“ von Beatrix Neundlinger und Band

Anmeldungen und kostenlose Zählkarten unter 0316 / 71 24 79